



CDU-POLITIK FÜR UNI-STÄDTE

„ZURÜCK ZUR GUNST DES WÄHLERS“

www.ju-adu.de

JU

JUNGE UNION
ALB-DONAU-ULM

www.ju-freiburg.de

JU

JUNGE UNION
FREIBURG

www.ju-heidelberg.de

JU

JUNGE UNION
HEIDELBERG

www.ju-karlsruhe.de

JU

JUNGE UNION
KARLSRUHE-STADT

www.ju-kv-konstanz.de

JU

JUNGE UNION
KREIS KONSTANZ

www.ju-tue.de

JU

JUNGE UNION
KREISVERBAND TÜBINGEN



AUSGEARBEITETES THESENPAPIER DER JU-KONFERENZ AM 11. MAI 2013 AN DER UNIVERSITÄT KONSTANZ

EINFÜHRUNG

Die CDU ist in den ländlichen Regionen hervorragend verwurzelt und erzielt dort auch sehenswerte Ergebnisse. In den Uni-Städten hingegen sieht es anders aus. Hier wird die CDU als unmoderne Partei wahrgenommen, welche von Studenten und jungen Familien nicht mehr gewählt wird. Als Volkspartei der Mitte muss sich die CDU dieser Zielgruppe verstärkt annehmen und ihr Profil schärfen. Dass auch CDU-Kandidaten in Städten durchaus eine Chance haben, hat die Oberbürgermeisterwahl in Konstanz gezeigt. Mit dem heutigen Oberbürgermeister Uli Burchardt regiert seit Juli 2012 ein CDU-Mitglied im Rathaus der größten Stadt am Bodensee. Durch einen unvoreingenommenen und frischen Wahlkampf konnte Uli Burchardt auch viele Wähler gewinnen, die normalerweise ihre Stimme nicht der CDU geben würden. Wir als Junge Union wollen uns dieser Thematik stellen und mit diesem Papier gemeinsam Lösungen erarbeiten

INHALTSVERZEICHNIS

Aussendarstellung der CDU in Uni-Städten	5
Kommunikation politischer Meinungen.....	5
Zusammenarbeit über die Partei hinaus	6
Werben mit politischen Meinungen in Uni-Städten	6
Mitgliederintegration	8
Neue Wählergruppen gewinnen	8
CDU – Die Partei der Nachhaltigkeit	8
Umweltfreundliche Stadt	9
Infrastruktur	10
Mobilität, öffentlicher Personen NahVerkehr & Fahrradnetz.....	10
Festnetz, Mobilfunk & Internet	10
Bezahlbaren Wohnraum schaffen – Konversion nutzen	11
Sicherheit.....	12
Einführung von kommunalen Ordnungsdiensten	12
Videoschutz im öffentlichen Personen NahVerkehr.....	12
Finanzen.....	12
Erstwohnsitzkampagne	12
Verschuldung senken.....	13
Bildung	13
Ausbildungsplatzbörse schaffen	13
Gymnasien und Realschulen erhalten und verbessern.....	14
Ablehnung der Gemeinschaftsschule in Baden-Württemberg	14
Sprachförderung	14
Hochschulpolitik	15
Verwaltung.....	15
E-Government	15
Bürgernähe	16
Familie	16

CDU-POLITIK FÜR UNI-STÄDTE

„ZURÜCK ZUR GUNST DES WÄHLERS“

| SEITE 4

Vereinbarkeit von Familie & Beruf fördern.....	16
Ferien-Kinderprogramm.....	17

1 **AUSSENDARSTELLUNG DER CDU IN UNI-STÄDTEN**

2 Die CDU hat ein Darstellungs- und Wahrnehmungsproblem. Egal wie modern und fortschrittlich auch
3 die politischen Inhalte sein mögen, die CDU schafft es vor allem in Uni-Städten nicht, diese Inhalte zu
4 transportieren. Noch immer wird die CDU als eine rückständige Partei wahrgenommen, die auf
5 alltägliche Fragen des (groß)städtischen Lebens keine patenten Antworten kommuniziert. Die
6 Außendarstellung der CDU muss grundlegend neu gedacht werden.

7

8 Die CDU muss sich hierfür nicht neu erfinden. Sie muss aber ein grundlegend neues Verständnis vom
9 Auftreten gegenüber den Bürgern bekommen. Politische Inhalte müssen transparent transportiert
10 werden. Den Bürgern muss auf moderne Art und Weise klargemacht werden, wofür die CDU steht und
11 was die CDU dafür konkret machen will.

12

13 **KOMMUNIKATION POLITISCHER MEINUNGEN**

14 Politische Meinungen verbreiten sich nicht von selbst. Weder nach innen noch nach außen. Effektive
15 Kommunikationskanäle müssen stärker als bisher genutzt werden. Was sich nicht bewährt, muss
16 hingegen abgeschafft werden.

17

18 Kommunikation nach außen

19 Stärker als bisher muss die CDU neue multimediale Kommunikationswege nutzen. Eine ansprechende
20 und vor allem laufend aktualisierte Website ist das Informationsmedium (nicht nur) für urbane
21 Bevölkerungsgruppen. Wir fordern den Landesverband auf, ein Baukastensystem sowie
22 ausreichenden Speicherplatz für die Kreisverbände zur Verfügung zu stellen. So ist eine ansprechende
23 Internetpräsenz mit den notwendigen Verlinkungen zu überregionalen Themen sichergestellt. Auch
24 die Inhalte des Landesverbandes können so schneller und effektiver kommuniziert werden, da eine
25 größere Reichweite erreicht wird. Zudem kann so ein größerer Wiedererkennungswert erreicht
26 werden.

27

28 Auch die sozialen Netzwerke nehmen immer mehr an Bedeutung zu. Facebook hat sich zum
29 wichtigsten Kommunikationskanal für junge Menschen entwickelt. Wir erwarten, dass alle
30 Abgeordneten und Verbände/Vereinigungen der CDU einen Facebook-Account (unabhängig von der
31 Frage eines eigenen Profils oder einer Fanpage) innehaben und diesen auch regelmäßig pflegen.
32 Zudem sollte - soweit möglich - jeder Abgeordnete und alle Verbände/Vereinigungen über einen
33 Twitter-Account verfügen und diesen auch aktiv nutzen.

34

35 Kommunikation nach innen

36 Die CDU in Baden-Württemberg kommuniziert mit ihren Mitgliedern seit Jahrzehnten mit dem „CDU
37 intern“, das optisch und oft auch inhaltlich in den 80er Jahren stehen geblieben ist. Selbst Mitglieder

38 können so nicht mehr für eine gemeinsame Sache motiviert werden. Das „CDU intern“ muss durch
39 eine moderne Mitgliederzeitschrift ersetzt werden. Auch die Kosten des „CDU intern“ für die
40 einzelnen Kreisverbände sind im Vergleich zum Nutzen nicht länger tragbar.

41
42 Inhaltlich muss die neue Mitgliederzeitung landesweit Argumentationslinien zu Sachthemen
43 enthalten, damit Mitglieder von den Positionen der eigenen Partei überzeugt werden und diese
44 Überzeugung weitergeben können.

45

46 **ZUSAMMENARBEIT ÜBER DIE PARTEI HINAUS**

47 Gerade mit Hinblick auf die Absenkung des aktiven Wahlalters bei Kommunalwahlen muss die CDU
48 neue Wege finden, mit den Bürgerinnen und Bürgern in einen Dialog zu treten. Die CDU als
49 Volkspartei muss sich öffnen und ein politisches Mitwirken auch für interessierte Nichtmitglieder
50 ermöglichen. Dies wird zum Teil bereits teilweise mit der Mitgliedschaft in den verschiedenen
51 Vereinigungen ermöglicht – für die Zukunft müssen hier jedoch weitere Einbindungsmöglichkeiten
52 der Bürgerinnen und Bürgern in unsere politische Arbeit gefunden werden. So ist es beispielsweise
53 vorstellbar, die vielen Arbeitskreise und Beratungsgremien der CDU für die Bevölkerung zu öffnen –
54 dies würde den vorhandenen Wissensschatz der CDU noch um ein Vielfaches vergrößern.

55

56 Die CDU muss in der Bevölkerung mehr denn je als die Mitmach-Partei wahrgenommen werden. Noch
57 nie war das Verlangen der Bürgerbeteiligung innerhalb der Bevölkerung so hoch. Um dieses
58 Verlangen der Bürgerbeteiligung zu stillen, müssen neue Kommunikationswege geschaffen werden.

59

60 Gerade auf kommunaler Ebene müssen wir uns als Union öffnen. Mit der Wahlalterabsenkung stehen
61 wir vor großen Herausforderungen, welche es nun anzunehmen gilt. Wir müssen unsere
62 Kommunalwahllisten auch für Nichtmitglieder öffnen. Wir wünschen uns, dass die CDU von der JU
63 initiierten "Jungen Listen" offen gegenübersteht. Gerade durch die Reform des Kommunalwahlrechts
64 durch die grün-rote Landesregierung mit Wahlalterabsenkung und Änderung des
65 Auszählungsverfahrens (das große Listen benachteiligt und kleine Listen bevorzugt) ist es unserer
66 Ansicht nach sinnvoll, ernsthaft über "Junge Listen" nachzudenken.

67

68 **WERBEN MIT POLITISCHEN MEINUNGEN IN UNI-STÄDTEN**

69 Die CDU hat Schwierigkeiten Schüler, Studenten und junge Familien zu erreichen. Wir müssen die
70 Wünsche und Sorgen dieser Bevölkerungsgruppen ernst nehmen und unseren Fokus auf ihre
71 Anliegen richten.

72

73 Vom Wahlkampfstand zum Wähler

74 Der Wahlkampf der CDU richtet sich meist an langjährige CDU-Wähler.

75
76 Im Wahlkampf darf nicht nur ein „housekeeping“ klassischer langjähriger CDU-Wähler
77 erfolgen, die sowieso die CDU wählen, weil sie es schon immer getan haben.
78 Wahlkampfstände in Fußgängerzonen, bei denen Flyer vornehmlich an Passanten verteilt
79 werden, die den „klassischen“ CDU-Wähler repräsentieren, sprechen keine neuen Wähler an.
80 Vielmehr schafft es die CDU so, das Bild einer rückständigen Volkspartei zu malen.

81
82 Mit modernen Methoden müssen die Kandidaten offensiv auf neue, junge Wähler zugehen. Im
83 Vergleich zum „housekeeping“ fordert dies eine größere Argumentationsbereitschaft und
84 Toleranzpotential gegenüber ablehnenden Haltungen. Wir schlagen eine gemeinsame
85 Kneipentour der JU'ler mit den Kandidaten vor, mit dem Ziel, die Kandidaten bekannter zu
86 machen und jungen Menschen eine Möglichkeit zum unbefangenen Kennenlernen zu geben.
87 Hierzu eignen sich Kneipen, Discos, Biergärten, öffentliche Plätze. Des Weiteren fordern wir
88 einen von Grund auf modernen Wahlkampf mit eben solchen Elementen. Gerade die neuen
89 Kommunikationsmedien müssen hier verstärkt eingesetzt werden. Beispielsweise kurze
90 Videospots zu Kernthemen des Kandidaten erreichen in kürzester Zeit eine Vielzahl an
91 potentiellen Wählerinnen und Wähler. Mit wenig Aufwand lässt sich so ein großes Streugebiet
92 abdecken.

93
94 Vom Wahlkampftermin mit Parteifreunden zum Dialog mit dem Bürger
95 Die CDU muss den Fokus für neue Wähler erweitern. Notwendig sind Veranstaltungen, die
96 junge Familien, Studenten und die (groß)städtische Bevölkerung ansprechen. Inhalte wie
97 Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Zukunftsängste der Studenten, Zukunftsthemen der
98 Stadt-/Regionalentwicklung oder Sicherheit sprechen junge Menschen an. Hierzu gehört
99 auch, einmal unangenehme Wege zu gehen.

100
101 Vom Flyern zum Dialog
102 Wahlkampfhelfer sind meistens froh, wenn sie die Kandidatenflyer so schnell wie möglich an
103 den Mann bringen können. Die CDU muss ihre Wahlkämpfer schulen, damit gezielt
104 Bürgergespräche geführt werden können. Jeder Wahlkämpfer sollte in der Lage sein, sein
105 Schlüsselerlebnis (Warum engagiere ich mich gerade für diesen Kandidaten bzw. die CDU?)
106 dem Wähler mitzuteilen.

107
108 Und sonst
109 Auch in der alltäglichen politischen Arbeit müssen die neuen Ansätze für den Wahlkampf umgesetzt
110 werden. Die Werbung für Veranstaltungen muss ansprechender gestaltet werden, bei der Auswahl der
111 Veranstaltungen stärker als bisher auf die Zielgruppe geschaut werden. Stammtische und
112 Bürgersprechstunden dürfen nicht die einzige Möglichkeit der Kontaktaufnahme mit dem Bürger sein.

113

114 MITGLIEDERINTEGRATION

115 Die CDU hat keine schlagkräftige Taskforce. Mitgliederstarke Events sind vor Ort meist schwer
116 durchführbar, weil die CDU-Mitgliederstruktur zu viele passive und zu wenige aktive Mitglieder
117 enthält. Hinzu kommt der mangelnde Diskussionsbedarf vieler Mitglieder. Diese parteiinterne
118 Diskussion muss umgehend wiederbelebt werden. Nur ein Verband, der intern eine breite Diskussion
119 führt, kann auch nach außen mit den Bürgerinnen und Bürgern diskutieren und vor allem die Themen
120 für sich beanspruchen, die den Bürger bewegen. Unsere Mitglieder müssen vor Ort stärker
121 eingebunden und für eine aktivere Mitarbeit motiviert werden. Mit einem modernen Auftreten lassen
122 sich auch mehr Mitglieder ansprechen und motivieren, ihr Wissen in die Partei einzubringen. Durch
123 die große Zahl an Mitgliedern und deren sozialer Herkunft verfügt die Union über einen ungemein
124 großen Wissensschatz, welcher wieder vermehrt für unsere Parteiarbeit genutzt werden muss. Gerade
125 durch unsere vielfältige Parteistruktur mit den zahlreichen Vereinigungen haben wir die Grundlage
126 für eine flächendeckend erfolgreiche und bürgernahe Politik. Nun gilt es, diese Strukturen zu nutzen.

127

128 NEUE WÄHLERGRUPPEN GEWINNEN

129 Gerade für konservative und traditionsbewusste Wählerinnen und Wählern ist die CDU attraktiv. Bei
130 jungen Familien und Studenten steht die CDU hingegen alles andere als gut da. Hier muss sich die
131 Union für neue Wählerschichten öffnen und auch die Belange dieser Bürgerinnen und Bürgern besser
132 abdecken. Zukünftige Parteiprogramme müssen gerade für diese Wählerschichten attraktiv,
133 bürgernah und auch inhaltlich entsprechend gestaltet werden. Als Volkspartei der Mitte muss es
134 unser eigener Anspruch sein, die große Breite der Bevölkerung mit unseren Inhalten anzusprechen
135 und uns für diese einzusetzen. Es müssen zudem verstärkt Anstrengungen unternommen werden,
136 bisherige Nichtwähler für unsere Politik zu überzeugen. Auch in Bezug auf die bevorstehende
137 Kommunalwahl müssen wir mit neuen Wegen jüngere Wählerinnen und Wähler für unsere Politik
138 überzeugen. Hierfür müssen unkonventionelle Veranstaltungskonzepte erarbeitet werden, welche
139 zielgerichtet für bestimmte Wählergruppen umgesetzt werden. Um die Zielgruppe der Jung- und
140 Erstwähler anzusprechen, ist es beispielsweise denkbar, ein von der CDU ausgerichtetes Spaßfußball-
141 Turnier anzubieten oder auch einmal ins örtliche Kino zu einem Filmabend einzuladen. Mit neuen
142 Veranstaltungskonzepten lassen sich auch neue Wählergruppen ansprechen – hierbei sind der
143 Fantasie keine Grenzen gesetzt.

144

145 CDU – DIE PARTEI DER NACHHALTIGKEIT

146 Nachhaltigkeit beruht auf drei Säulen: der ökonomischen, ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit.
147 Während die Grünen die ökologische Nachhaltigkeit überbetonen, die SPD die soziale und die FDP die
148 ökonomische, ist es Aufgabe der CDU, die drei Ziele in einem stimmigen Gesamtkonzept zu vereinen.

149

150 Die Beschäftigungsstruktur einer Stadt wird nicht von denjenigen dominiert, die aus dem gesicherten
151 Unterstand öffentlicher Beschäftigung die Protestkultur der Stadt bestimmen. Nachhaltige
152 wirtschaftliche Entwicklung schafft die Voraussetzungen, um auch in Zukunft noch die Möglichkeiten
153 öffentlicher Beschäftigung erwirtschaften zu können, selbst wenn dies den einen oder anderen in
154 seiner individuellen Behaglichkeit einschränkt. Das sind wir in besonderer Weise auch all jenen
155 schuldig, die auf „einfache“ Arbeitsplätze angewiesen sind. Die Union muss sich deshalb weiterhin als
156 Partei der wirtschaftlichen Nachhaltigkeit des städtischen Lebens positionieren.

157
158 Für viele große Städte stellt sich in den nächsten Jahren und Jahrzehnten die Frage, in welchen
159 Formen sie Wachstum darstellen können. Trotz der demographisch gegenläufigen Tendenz sind die
160 großen Städte in Deutschland mit Blick auf die Bevölkerungsanzahl Wachstumsregionen. Sie sind
161 Zuwanderungsgebiete für Binnenmigration ebenso wie für internationale Migration - und zwar
162 sowohl im hochqualifizierten als auch im weniger qualifizierten Bereich. Die damit einhergehenden
163 Wachstumsherausforderungen in den Städten können nur dann sinnvoll gemeistert werden, wenn die
164 Problembereiche Wohnen, Mobilität und Energieversorgung zusammen gedacht werden. Dazu
165 gehören neue Nutzungskonzepte im Bereich der Mobilität (z.B. Carsharing) und neue Formen des
166 Wohnens ebenso wie die systematische Reduzierung von Umweltbelastungen (Lärm, CO2-
167 Emissionen, Feinstaub usw.). Intelligentes Wachstum in den Städten ist auch eine der großen
168 Zukunftschancen wirtschaftlicher Entwicklung.

169

170 **UMWELTFREUNDLICHE STADT**

171 Der stetig ansteigende Bedarf nach neuem Wohnraum bringt die Städte immer mehr in Zugzwang.
172 Oft ist die Grenze des Wachstums in die Fläche längst erreicht und die einzige Möglichkeit besteht in
173 der Nachverdichtung. Eine nachhaltige Planung im Bereich des Wohnungsbaus in Großstädten heißt
174 aber, den wachsenden Anforderungen gerecht zu werden und gleichzeitig die Umweltaspekte zu
175 beachten und die Grünflächen zu schonen. Daher fordert die Junge Union fordert eine
176 Nachverdichtung mit Augenmaß. Diese sollte lediglich im Bereich bestehender oder neu entstehender
177 Brachen geschehen. Es ist wichtig, dass pro Stadtteil oder Quartier eine ausreichende Naturfläche und
178 vor allem auch Kinderspielplätze vorhanden sind. Falls nicht gewährleistet ist, dass die Bürgerinnen
179 und Bürger ausreichend Zugang zu entsprechenden Flächen haben, fordern wir eine Renaturierung
180 von brachliegenden Flächen.

181

182 Grundsätzlich muss bei allen Entscheidungen innerhalb eines bestehenden Wohngebietes auch die
183 Meinung der Anwohner zu den geplanten Vorhaben angehört und berücksichtigt werden. Nur so kann
184 ein gutes Miteinander geschaffen werden.

185

186 **INFRASTRUKTUR**

187 **MOBILITÄT, ÖFFENTLICHER PERSONENNAHVERKEHR & FAHRRADNETZ**

188 Um die Innenstädte vor einem zu hohen Verkehrsaufkommen zu bewahren, fordert die Junge Union
189 mehr Parkmöglichkeiten für die Pendler an Stadträndern, um Fahrgemeinschaften in die Stadt oder
190 die Nutzung des ÖPNV zu erleichtern. Die Fahrpreise im ÖPNV sollten dann so attraktiv gestaltet
191 werden, dass die ÖPNV-Nutzung sinnvoller erscheint, als die Fahrt mit dem Auto in die Innenstadt.
192 Hierzu gehört auch die Einführung von Kurzstreckentickets (falls nicht bereits vorhanden).

193
194 Wir fordern den flächendeckenden Ausbau und die kontinuierliche Wartung eines Radwegnetzes.
195 Auch die Einführung von Radschnellwegen muss forciert werden. Diese sollten klar gekennzeichnet
196 sein. Die Möglichkeit der Mitnahme der Räder in den öffentlichen Verkehrsmitteln wie Bussen und
197 Straßenbahnen erleichtert das Erreichen schlecht angebundener Stadtgebiete und sollte daher
198 einfacher möglich sein. Für Fahrräder und motorisierte Zweiräder müssen ausreichend
199 Abstellmöglichkeiten zur Verfügung stehen.

200
201 Immer mehr Straßenschilder führen zu massiven Verwirrungen und Verunsicherung der
202 Verkehrsteilnehmer. Wir begrüßen den Vorstoß unseres Bundesverkehrsministers, den über die Jahre
203 entstandenen Schilderwald lichten zu wollen. Wir fordern ihn jedoch zugleich auf, den Schilderwald
204 auch wirklich auf das Notwendigste zu kürzen. Neben dem Effekt, dass dieser Schilderwald nicht nur
205 „schlecht“ aussieht, kosten diese Millionen überflüssigen Verkehrsschilder den Steuerzahler bares
206 Geld.

207
208 Wenn möglich sollten Kreisverkehre großflächige Kreuzungen ersetzen, da dies zu weniger Lärm und
209 Emissionen führt und zusätzlich einen besseren Verkehrsfluss sichert. Des Weiteren fordern wir
210 langfristig den Umstieg auf Flüsterasphalt, besonders im Bereich von Kreuzungen.

211 212 **FESTNETZ, MOBILFUNK & INTERNET**

213 Europa in seiner heutigen Form ist mehr als eine reine Staatengemeinschaft. Europa ist eine moderne
214 und zukunftsorientierte Wertegemeinschaft mit gemeinschaftlichem Binnenmarkt. Die überstaatliche
215 Gemeinschaft benötigt schon längst europäische Festnetz- und Mobilfunktarife. Die Junge Union
216 fordert die Festnetz- und Mobilfunkanbieter auf, flächendeckende europäische Tarife zu bezahlbaren
217 Preisen anzubieten. Hierbei dürfen sich die Kosten zu nationalen Tarifen, wie auch bei
218 Banküberweisungen ins In- und Ausland, nicht mehr unterscheiden.

219
220 Da im Zeitalter der Smartphones noch immer keine flächendeckende Mobilfunknetzabdeckung in
221 vielen ländlichen Gemeinden gewährleistet ist, fordert die Junge Union die Netzbetreiber auf, die
222 Restlücken umgehend zu schließen.

223

224 Der Zugang zum Internet hat sich längst zu einem Grundrecht entwickelt. Gerade für den Mittelstand
225 stellt die schnelle Vernetzung der Firmenstandorte eine immer wichtigere Rolle dar. Aber auch der
226 private Haushalt ist immer mehr auf eine funktionierende und schnelle Internetverbindung
227 angewiesen – sowohl für die Schulaufgaben, als auch für die Arbeit von zuhause. Die Junge Union
228 fordern daher eine flächendeckende Haushalts-Internetversorgung der Haushalte mit DSL und/oder
229 LTE mit einer Geschwindigkeit von Minimum 32 MBits/Sekunde bis zum 1. Januar 2016. Zur
230 Umsetzung ist beispielweise eine Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern und Unternehmen
231 denkbar und wünschenswert.

232

233 Für uns ist klar: die Netzneutralität muss erhalten bleiben! Die Junge Union spricht sich klar gegen die
234 von der Telekom geplante Begrenzung des DSL-Surfvolumens aus und fordert den Erhalt der Internet-
235 Flatrates. Das Internet ist wesentlicher Bestandteil unserer Gesellschaft. Hier muss die Politik
236 eingreifen und die Pläne der Telekom durchkreuzen.

237

238 **BEZAHLBAREN WOHNRAUM SCHAFFEN – KONVERSION NUTZEN**

239 Gerade für Auszubildende, Studenten und junge Berufsanfänger ist bezahlbarer Wohnraum ein
240 dringendes Anliegen. Vor allem in den Universitätsstädten sind die Mieten auch für
241 unterdurchschnittliche Wohnlagen häufig auf einem sehr hohen Niveau.

242

243 Deshalb ist es aus Sicht der Jungen Union eine zentrale städtische Aufgabe, schon bereits bei der
244 Erstellung der Flächen- und Bebauungspläne das Ziel der Schaffung bezahlbaren Wohnraums im Blick
245 zu haben. Nicht jedes Stadtviertel muss ein architektonisches Vorzeigeprojekt werden, ansonsten
246 würde ein Großteil der städtischen Bevölkerung, insbesondere die jungen Bewohner, aus dem Blick
247 gelassen. Es ist zu prüfen, ob die gesetzlichen Einflussnahmemöglichkeiten der Kommunen auf die
248 Planung der Wohngebiete hierzu ausreichen oder zu erweitern sind. Die planerische Einflussnahme ist
249 aus unserer Sicht Eingriffen in die Freiheit der Vertragsgestaltung hinsichtlich der Mietbedingungen
250 vorzuziehen.

251

252 Insbesondere die Konversion militärischer Flächen bietet für die Schaffung bezahlbaren Wohnraums
253 eine große Chance, die genutzt werden muss! Bestehende Gebäude können leicht in
254 Studentenwohnheime umgewandelt werden. Daneben besteht die große Chance, Wohnviertel zu
255 errichten, die zu moderaten Preisen ein kinderfreundliches, barrierefreies und gut angebundenes
256 Wohnen ermöglichen. Eine Stadt mit echtem Zusammengehörigkeitsgefühl braucht das
257 Zusammenleben von Jung und Alt, von Azubis, Berufsanfängern und beruflich etablierten Schichten!

258

259 SICHERHEIT

260 EINFÜHRUNG VON KOMMUNALEN ORDNUNGSDIENSTEN

261 Seit den 90er Jahren bestehen in vielen Großstädten kommunale Ordnungsdienste (KOD), welche in
262 Bezug auf die Sicherheitsprobleme im urbanen Umfeld eingeführt wurden. Der KOD ist beim
263 Ordnungsamt der jeweiligen Kommune angesiedelt. Der KOD der Städte und Kreise übernimmt die
264 Aufgaben im Rahmen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, die bislang die Polizei der Länder
265 subsidiär wahrgenommen haben. Dies ist der überwiegende Teil der Ordnungswidrigkeiten, wie z. B.
266 Ruhestörungen, Belästigungen der Allgemeinheit, der in die Zuständigkeiten der Städte und Kreise
267 fällt. Derzeit gibt es jedoch keine bundesweit geregelten Standards für den KOD, so dass sich die
268 Befugnisse von Stadt zu Stadt unterscheiden können. Wir sind der Auffassung, dass durch die
269 flächendeckende Einführung von kommunalen Ordnungsdiensten die Polizei entlastet werden kann
270 und die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürgern verstärkt werden kann. Wir fordern den Gesetzgeber
271 auf, einheitliche Regelungen für den kommunalen Ordnungsdienst zu schaffen.

272

273 VIDEOSCHUTZ IM ÖFFENTLICHEN PERSONEN NAHVERKEHR

274 Jeder Bürger hat das Recht auf ein angstfreies Leben in Sicherheit, auf körperliche Unversehrtheit und
275 auf Respekt vor seinem persönlichen Eigentum. Es ist eine der Kernaufgaben des Staates, dies
276 sicherzustellen. Der durchdachte Einsatz von Sicherheitstechnik erhöht die Effektivität der Polizei,
277 senkt die Kriminalität und erhöht die Aufklärungsquote. Beispiele aus verschiedenen Städten haben
278 gezeigt, dass besonders Videoüberwachung im ÖPNV genau diese positiven Ergebnisse erreicht.
279 Durch die Verwendung eines Ringspeichersystems wie z.B. in Karlsruhe wird dabei auch dem
280 Datenschutz Rechnung getragen. Alle Aufzeichnungen werden hierbei nach 48 Stunden automatisch
281 überschrieben, nur die Polizei hat die Möglichkeit, innerhalb dieser Frist und nur im Bedarfsfall - das
282 heißt, wenn hiermit ein Verbrechen aufgeklärt werden kann - diese Videos zu sichern und
283 auszuwerten. Auf den weitläufigeren öffentlichen Plätzen ist hingegen aufgrund der unregelmäßigen
284 Menschenströme und der geringeren Auffälligkeit von Überwachungsanlagen eine deutlichere
285 Präsenz von Ordnungskräften am besten geeignet, Kriminalität zu verhindern. Wir fordern daher den
286 Einsatz von Videoüberwachungssystemen durch die Polizei im ÖPNV und mehr Präsenz von
287 Ordnungsdiensten an Problemschwerpunkten in den Innenstädten.

288

289 FINANZEN

290 ERSTWOHNSITZKAMPAGNE

291 Jede Stadt hat ein Interesse daran, dass möglichst viele Menschen ihren Erstwohnsitz dort anmelden.
292 Dies verbessert die Einnahmesituation der Stadt und erleichtert die Arbeit der Verwaltung. Es gibt
293 mehrere Wege, dieses Ziel zu erreichen. Die Zweitwohnungssteuer bleibt für die JU – wie auch aus
294 Sicht des Grundgesetzes – eine Luxussteuer. Immer mehr Kommunen erheben aufgrund der
295 gegebenen Rechtsprechung auch gegenüber Studenten und Auszubildenden eine

296 Zweitwohnungssteuer. Dies führt vielerorts dazu, dass sich junge Menschen gar nicht mehr melden.
297 Wir fordern daher, für Schüler, Auszubildende und Studenten keine Zweitwohnungssteuer zu
298 erheben.

299

300 Stattdessen ist aus unserer Sicht eine Erstwohnsitzkampagne, wie sie in einigen Städten schon
301 durchgeführt wird, wesentlich besser geeignet, potenzielle Neubürger dauerhaft für die Stadt zu
302 begeistern. Ein sympathisches Begrüßungspaket für Studenten und Auszubildende verdeutlicht die
303 Bürgerfreundlichkeit und Herzlichkeit und fördert zugleich deutlich die Anmeldequote bei den jungen
304 Menschen. Wir begrüßen daher diese Initiative. Wir fordern die Stadtverwaltungen auf, eine
305 Erstwohnsitzkampagne als Investition in die Zukunft unserer Stadt zu verstehen und auch
306 marketingtechnisch einzuführen oder weiter auszubauen.

307

308 **VERSCHULDUNG SENKEN**

309 Es gilt der Grundsatz: Nur so viel ausgeben, wie auch eingenommen wird. Der Schuldenberg von
310 Bund, Ländern und Kommunen wächst stetig an. Die Ausgabenmentalität spielt hierbei eine
311 besondere Rolle. Seit über 40 Jahren wachsen unsere Staatsausgaben stärker als die Wirtschaft. Für
312 jeden Euro an neuen Einnahmen sind bereits drei neue Euro an Ausgaben geplant. Die verabschiedete
313 Schuldenbremse im Grundgesetz ist hierbei ein erster Schritt zu einer verantwortungsbewussten und
314 nachhaltigen Finanzpolitik. Dies gilt es nun auch in unseren zahlreichen Kommunen aufzunehmen. Die
315 Junge Union fordert daher eine festgeschriebene und verbindliche Schuldenbremse in unseren
316 Kommunen, so dass bis spätestens 2035 eine Nullverschuldung erreicht wird. Ebenso fordern wir alle
317 Kommunen dazu auf, verbindliche Tilgungspläne festzusetzen und Rückstellungen für künftige
318 Generationen zu bilden.

319

320 Zukünftige Haushaltspläne sollen öffentlich diskutiert werden, in wieweit die freiwerdenden Mittel
321 für mögliche Entlastungen der Steuerzahler verwendet werden können, aber auch inwieweit
322 Einsparungen getroffen werden können. Hier müssen zukünftig unsere Bürgerinnen und Bürger
323 einbezogen werden. Voraussetzung hierfür ist, dass Kommunen ihren Bürgerinnen und Bürgern den
324 eigenen Haushalt transparent nachvollziehbar darstellen. Open Data bieten hierzu ein zweckmäßiges
325 Mittel.

326

327 **BILDUNG**

328 **AUSBILDUNGSPLATZBÖRSE SCHAFFEN**

329 Die Junge Union spricht sich für die Einrichtung einer Online Ausbildungsplatzbörse in jeder
330 Großstadt aus. Für Jugendliche ist es wichtig, die Ausbildungsmöglichkeiten in ihrer Stadt auf einen
331 Blick überschauen zu können. Dies vereinfacht auch die Verwirklichung des Leitsatzes der CDU-
332 Bildungspolitik in Baden-Württemberg „Kein Abschluss ohne Anschluss“.

333

334 **GYMNASIEN UND REALSCHULEN ERHALTEN UND VERBESSERN**

335 Die Junge Union spricht sich klar und deutlich für den Erhalt des Gymnasiums und der Realschule in
336 Baden-Württemberg aus. Diese beiden Schularten haben sich bewährt und tragen zur hervorragenden
337 Bildungsqualität in Baden-Württemberg bei. Realschule und Gymnasium sind Ausdruck eines
338 Bildungsangebotes, das Schülern entsprechend ihren Fähigkeiten ein optimales Bildungsangebot
339 macht und sie ihren individuellen Fähigkeiten entsprechend optimal fördert. Für die Junge Union
340 steht ein qualitativ hochwertiges Bildungsangebot im Vordergrund bildungspolitischer Maßnahmen.
341 Reformen in diesem Bereich müssen sich immer daran messen lassen, ob diese die Qualität des
342 Bildungsangebotes steigern und die Leistungsfähigkeit jedes Schülers verbessern. Derzeit ist
343 festzustellen, dass die Reformen der grün-roten Landesregierung insbesondere die Realschulen
344 massiv benachteiligen und diese langfristig abgeschafft werden sollen. Diese Entwicklung lehnt die
345 Junge Union nachdrücklich ab, da Realschulen in Baden-Württemberg seit Jahrzehnten für
346 Bildungsgerechtigkeit und Aufstiegschancen über das an den Realschulabschluss anschließende
347 berufliche Schulwesen stehen.

348

349 **ABLEHNUNG DER GEMEINSCHAFTSSCHULE IN BADEN-WÜRTTEMBERG**

350 Die von der grün-roten Landesregierung umgesetzte Gemeinschaftsschule lehnt die Junge Union ab.
351 Im Vordergrund steht für die Junge Union die Steigerung der Qualität von Bildungsangeboten. Dies
352 ist bei der von der grün-roten Landesregierung vorgeschlagenen Gemeinschaftsschule nicht der Fall.
353 Hier fehlt es an jeglichem praxistauglichen Konzept. Weder gibt es einen eigenständigen Lehrplan
354 noch gibt es entsprechend ausgebildete Lehrer. Es fehlt an einem regionalen Schulentwicklungsplan
355 und einer verlässlichen Qualitätskontrolle. Konsequenz dieser Fehlplanung ist die Senkung der
356 Bildungsqualität für alle Schüler. Die Junge Union spricht sich deshalb dafür aus, die Mittel, die für die
357 Gemeinschaftsschule eingesetzt werden, in das derzeitige Schulsystem zu investieren und dabei
358 insbesondere das Ganztagesangebot und das berufliche Schulwesen zu verbessern.

359

360 **SPRACHFÖRDERUNG**

361 In den Großstädten in Baden-Württemberg haben einige Schüler bei ihrer Einschulung Defizite in der
362 deutschen Sprache. Dies mindert die Chancen der betroffenen Schüler, aber auch der
363 Klassenkameraden. Deshalb spricht sich die Junge Union auch weiterhin dafür aus, vor der
364 Einschulung einen Sprachstandtest durchzuführen und Schüler, bei denen ein Förderungsbedarf
365 besteht, umfassend zu fördern. Dies ist für die Junge Union eine der zentralen Maßnahmen, um
366 Bildungsgerechtigkeit herzustellen und die Abhängigkeit des Bildungserfolgs stärker vom familiären
367 Hintergrund abzukoppeln.

368

369 HOCHSCHULPOLITIK

370 Städte und insbesondere Universitätsstädte sind wichtige Wissens- und Bildungszentren. Sie nehmen
371 eine zentrale Rolle für den Fortschritt unserer Gesellschaft ein. Gerade aus diesem Grund ist es von
372 zentraler Bedeutung, Schnittstellen zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zu bilden
373 und auszubauen. Hierzu muss die Stadt bestmögliche Rahmenbedingungen für die Hochschulen
374 schaffen.

375

376 Die Hochschulen müssen als offene Orte des Wissensaustausches über die Grenzen der gängigen
377 Lehre hinaus verstanden werden. Davon können Bürger und Unternehmen gleichermaßen profitieren.
378 Sowohl kleine und mittelständische Unternehmen als auch so genannte "global player" haben ein
379 Interesse an einer engen Anbindung zur Wissenschaft. Des Weiteren sollten Städte und Universitäten
380 stärker auf die Bedürfnisse von (potenziellen) Unternehmensgründern eingehen. Dem
381 wissenschaftlichen Nachwuchs sollten bestmögliche Bedingungen für mögliche Existenzgründungen
382 ("Start-ups") während oder nach ihrer Studienzzeit geboten werden. Hier sind neben den Hochschulen
383 auch die Politik und Stadtverwaltungen gefragt, hochschulnahe Flächen bereitzustellen oder (wo dies
384 nicht möglich ist) bestehende Gebäude in eine neue Nutzung zu überführen. Die Konversion der
385 militärischen Flächen bietet auch hier große Chancen. Darüber hinaus könnte der in vielen
386 Hochschulstädten zur Verfügung stehende öffentliche Raum "studentenfreundlicher" gestaltet
387 werden, z.B. durch kleinere Parkanlagen zum Lesen und Verweilen oder durch weniger Beton- und
388 mehr Grünflächen.

389

390 Wir sind davon überzeugt, dass die CDU die Interessen von Studenten, Universitätsangestellten und
391 Akademikern politisch am besten vertreten kann. Dazu ist aber eine enge Anbindung von
392 Wissenschaft und Politik erforderlich. Deshalb fordern wir, die Fachausschüsse und Arbeitskreise
393 "Bildung und Wissenschaft" der CDU-Kreisverbände stärker zu aktivieren, damit diese einen
394 regelmäßigen Austausch zwischen den Hochschul- und Wissenschaftseinrichtungen pflegen. Die CDU
395 muss wieder als die Partei wahrgenommen werden, die sich am intensivsten um hochschul- und
396 wissenschaftspolitische Belange kümmert. Dazu ist es zwingend erforderlich, auch mehr Studenten,
397 Nachwuchswissenschaftler und Akademiker in die politische Arbeit einzubeziehen. Wir fordern die
398 CDU auf, ihre Jugendorganisationen besser zu unterstützen, die genau dieses leisten.

399

400 VERWALTUNG

401 E-GOVERNMENT

402 Das Internet hat unseren Alltag revolutioniert und auch die Kommunikation untereinander. Im
403 Kontakt mit den Behörden sollte das nicht anders sein. Die Möglichkeit, dass bisher in Papierform
404 einzureichende Schriftstücke auch elektronisch übermittelt werden können, erfordert
405 organisatorische und technische Vorbereitungen, vor allem aber den Willen dazu innerhalb der

406 Verwaltung. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen sind gegeben. Effiziente und sichere technische
407 Verfahren existieren seit Jahren. Wir versprechen uns von der elektronischen Verwaltung (E-
408 Government), den Bürger von langen Wartezeiten zu befreien. Wir fordern ein verbessertes
409 Internetangebot der Verwaltung. Dabei sollen nicht nur Informationen angeboten werden, sondern
410 auch viele Behördengänge online erledigt werden können. Eine angemessene Antwortfrist und
411 automatische Empfangsbestätigung der Mails ist dabei zu gewährleisten. Des Weiteren fordern wird
412 den Einsatz von digitalen Signaturen für Unternehmen und Bürger, die statt De-Mail genutzt werden
413 können.

414

415 **BÜRGERNÄHE**

416 Am häufigsten kommen die Bürgerinnen und Bürger mit der öffentlichen Verwaltung auf kommunaler
417 Ebene in Kontakt. Ein freundliches, kompetentes Auftreten ist für den guten Eindruck und die daraus
418 folgende Akzeptanz das A und O. Die Verwaltung darf den Bürgerinnen und Bürgern nicht als
419 Bittsteller verstehen, sondern muss ihn als Kunden empfangen und behandeln. Was die freie
420 Wirtschaft hier Tag für Tag als Selbstverständlichkeit akzeptiert, muss dauerhaft und nachhaltig
421 Einzug in der öffentlichen Verwaltung finden. Wir fordern daher gezielte Schulungen zum
422 Kundenumgang für diejenigen Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter mit unmittelbarem
423 Kontakt zur Bevölkerung, sowie eine starke Gewichtung der Kundenfreundlichkeit bei der
424 regelmäßigen Beurteilung dieser Beschäftigten. Gleichzeitig bitten wir auch alle Bürgerinnen und
425 Bürger, den in den Ämtern und Behörden beschäftigten Menschen mit Respekt und Höflichkeit zu
426 begegnen.

427

428 Einen wichtigen Punkt in der Erreichbarkeit der öffentlichen Verwaltung sehen wir in einer
429 arbeitnehmerfreundlichen Flexibilisierung der Öffnungszeiten. Beratung und Service in späten
430 Nachmittagsstunden gehören ebenso zu einem modernen Dienstleistungsunternehmen wie die
431 Möglichkeit von zuverlässigen Terminvereinbarungen. Wir fordern daher durchgängige
432 Öffnungszeiten von 8.00 bis 18.00 Uhr für alle Bereiche der Stadtverwaltung, die in unmittelbarem
433 Kontakt zum Bürger stehen.

434

435 **FAMILIE**

436 **VEREINBARKEIT VON FAMILIE & BERUF FÖRDERN**

437 Die Familie war, ist, war und wird auch weiterhin das zentrale Lebensmodell und die Keimzelle unserer
438 Gesellschaft sein, weshalb sie aus der Sicht der Jungen Union besonders geschützt und gefördert
439 werden muss.

440

441 Dies beinhaltet sowohl steuerliche Vergünstigungen und finanzielle Entlastungen, als auch die
442 Vereinbarung von Familie und Beruf durch Ausbau der Kinderkrippen. Zudem fordern die JU

443 Kreisverbände, dass Ehegattensplitting zu einem Familiensplitting weiterzuentwickeln und auch
444 eingetragene Lebenspartnerschaften hier zu berücksichtigen.

445
446 Die derzeitigen Entwicklungen von Land und Bund, den Ausbau der Kleinkindbetreuung
447 voranzutreiben und die Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Krippenplatz für Kinder begrüßen
448 wird ausdrücklich. Dieser Politik muss weiter vorangetrieben werden. Zudem fordert die Junge Union,
449 dass in Kommunen, in welchen sich abzeichnet, dass diese die notwendigen Krippenplätze nicht zur
450 Verfügung stellen können, entsprechende Hilfsmaßnahmen ergriffen werden, um jeder Familie eine
451 Kleinkindbetreuung und damit ein berufliches Weiterkommen mit Kind zu ermöglichen.

452

453 **FERIEN-KINDERPROGRAMM**

454 Die Junge Union fordert, dass Kinder- und Ferienprogramm in den Städten dieses über eine reine
455 Betreuung hinaus weiterzuentwickeln. Hierbei soll den Kindern Raum für Wachstum gegeben werden.
456 Es sollen altersgerechte Inhalte vermittelt werden.

457

458 ▪ **Geschichte:** Das Verständnis der Kinder zu der Geschichte der Stadt, und somit ihre
459 Verbundenheit zu dieser sollen gestärkt werden. Dies kann z.B. durch das Nachspielen von
460 geschichtlichen Ereignissen in einem Workshop erfolgen.

461

462 ▪ **Natur:** Den Kindern soll auch der Zugang zu der Natur ermöglicht werden. Insbesondere bei
463 größeren Städten erleben wir, dass Kinder nur die Parks als Natur kennen lernen. Um jedoch
464 ein Verständnis für die Umwelt und ihre Belange zu entwickeln, ist es wichtig, die Natur
465 jenseits der Stadtgrenze kennen zu lernen. Dies kann z.B. durch Ausflüge in die Natur und der
466 Möglichkeit, diese vor Ort kennenzulernen, erfolgen.

467

468 ▪ **Gemeinschaft:** Wichtig ist zudem, dass Kinder aus verschiedensten Stadtteilen und mit
469 verschiedenen kulturellen Hintergründen gemeinsam etwas erleben, um Vorurteile gar nicht
470 erst entstehen zu lassen oder bereits in der Jugend abzubauen.

471

472 Bei all diesen Dingen sollen der Spaß und das gemeinschaftliche Erlebnis der Kinder natürlich im
473 Vordergrund stehen. Daher müssen die Kommunen gemeinsam mit den jeweiligen
474 Stadtjugendpflegern ein ansprechendes und altersgerechtes Freizeitprogramm gestalten.

JU JUNGE UNION
ALB-DONAU-ULM

JU JUNGE UNION
FREIBURG

JU JUNGE UNION
HEIDELBERG

JU JUNGE UNION
KARLSRUHE-STADT

JU JUNGE UNION
KREIS KONSTANZ

JU JUNGE UNION
KREISVERBAND TÜBINGEN

Einstimmig beschlossen am 11. Mai 2013

Herausgeber

Junge Union Kreis Konstanz

Stahringer Straße 16
78333 Stockach
www.ju-kv-konstanz.de
www.facebook.de/ju.konstanz

Junge Union Freiburg

Eisenbahnstraße 64
79098 Freiburg i. Br.
www.ju-freiburg.de
www.facebook.de/ju.freiburg

Junge Union Kreisverband Tübingen

Am Stadtgraben 21
72070 Tübingen
www.ju-tue.de
www.facebook.de/JungeUnionTuebingen

Junge Union Karlsruhe-Stadt

Waldstraße 71a
76133 Karlsruhe
www.ju-karlsruhe.de
www.facebook.de/ju.karlsruhe

Junge Union Heidelberg

Adlerstraße 1/5
69123 Heidelberg
www.ju-heidelberg.de
www.facebook.de/juheidelberg

Junge Union Alb-Donau-Ulm

Wichernstraße 10
89073 Ulm
<http://www.ju-adu.de>
www.facebook.de/JungeUnion.ADU